

Gründungsfeier anwesend waren auch die führenden Politiker der CNP (Chinesische New Party), einer Splitterpartei der Kuomintang. Die Neue Allianz wurde von ihren Gründern als eine überparteiliche Organisation bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine Vereinigung der Kräfte gegen die "Hauptströmung" der Regierungspartei.

Die Mitglieder der Neuen Allianz sind meistens "Festländer", d.h. vom chinesischen Festland stammende Personen. Sie sind seit einigen Jahren immer mehr sowohl aus dem Machtzentrum der Regierungspartei als auch aus der Regierung verdrängt worden. Darüber hinaus befürchten sie auch, daß die gegenwärtige politische Reform der Partei zur Konzentration der politischen Macht auf die Person Li Denghui und zur Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Aufgabe der Wiedervereinigung Chinas, führt. Auf der Interimsplenarsitzung des Zentralen Exekutivkomitees der Kuomintang am 23. und 24. April hat die Hauptströmungsgruppe die Verabschiedung eines neuen Verfassungsentwurfs zur Direktwahl des Staatspräsidenten und zur Einschränkung der Gegenzeichnungsbefugnisse des Ministerpräsidenten gegenüber dem Staatspräsidenten durchgesetzt. Mit der Gründung der Neuen Allianz will die Gruppe der Nichthauptströmung offenbar alle Kräfte mobilisieren, um die bevorstehende Verfassungsänderung noch in der Nationalversammlung zu verhindern. In der Gründungsdeklaration heißt es, daß das Ziel der Neuen Allianz sei, die staatliche Vereinigung zu verfolgen und sich einer Spaltung des Staates zu widersetzen. Ferner sei sie für demokratische Reform und Wohlstand für alle, gegen Diktatur und Korruption. (ZYRB, 10.5.94)

Zum Vorsitzenden der Neuen Allianz wurde Xu Linong (Hsu Li-nung) gewählt. Er war Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Exekutivkomitees der Kuomintang und Vorsitzender des Komitees für die Berufstätigkeit von Veteranen. Vor kurzem hat er die Kuomintang verlassen und ist in die CNP eingetreten. Zahlreiche prominente Seniorpolitiker - wie der zweite Sohn von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek), Jiang Weiguo (Wego Chiang), die früheren Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun) und Li Huan (Lee Huan) - wurden zu Beratern der neuen politischen Organisation ernannt. Hao ist zur Zeit noch Stellvertreter Vorsitzender der Kuomin-

tang und Li Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Exekutivkomitees derselben Partei. Die Neue Allianz will, so scheint es, sich nicht offen von der Kuomintang trennen. Mit ihrem Namen "Xin Tongmenghui" betrachtet sie sich eher als die echte Nachfolgerin der früheren "Tongmenghui", der Vorgängerin der Guomindang. Auch fast alle führenden Politiker der Kuomintang, einschließlich des Vizestaatspräsidenten Li Yuanqu (Li Yuan-zu) und des Generalsekretärs der Partei Xu Shuide (Hsu Shui-teh), haben zur Gründung der neuen politischen Gruppierung mit Blumen oder Glückwünschen gratuliert. Staatspräsident und Parteivorsitzender Li Denghui befand sich gerade auf einer Auslandsreise. (LHB und CP, 9.5.94; XXW, 8.-14.5.94; *Freies Asien*, Bonn, 27.5.94) -ni-

Hongkong und Macau

*(35)

Beijing bereitet die Übernahme von Hongkong vor

Der Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, Lu Ping, hielt sich vom 1. bis 9. Mai in Hongkong auf. Die britische Kolonie wird am 1. Juli 1997 an China zurückgegeben. Lu, der auch stellvertretender Direktor und Generalsekretär des Vorarbeitsausschusses für das geplante Beijinger Vorbereitungs-komitee zur Übernahme der britischen Kolonie ist, nahm am 2. Mai an den Feierlichkeiten zur Mitausgabe von Hongkong-Dollars durch das zur VR China gehörende Geldinstitut Bank of China in Hongkong teil. Zugleich hielten die Gruppen für Politik und Wirtschaft des genannten Vorarbeitsausschusses zum erstenmal Sitzungen in Hongkong ab (2.-3. bzw. 4.-5. Mai). Vor der Ankunft Lus in Hongkong hat China 200 Beijing nahestehende Persönlichkeiten aus Hongkong eingeladen, militärische Übungen einer Einheit der chinesischen VBA in Kanton zu besichtigen, die nach der Wende 1997 in Hongkong stationiert werden soll.

Zur Zeit herrscht zwischen Beijing und Hongkong eine gespannte Atmosphäre infolge Gouverneur Chris Pattens poli-

tischer Reformen zur Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong vor der Übergabe 1997. Da die britische Kolonialregierung Kontakte ihrer Beamten zu den Gruppen des Vorarbeitsausschusses aus Beijing untersagte, wollte Lu seinerseits auch nicht den Gouverneur aufsuchen. Er sagte, Hongkong sei vor allem eine wirtschaftlich und nicht wegen ihrer Politik bedeutende Stadt. Er warnte davor, über die Hongkongfrage die chinesische Politik beeinflussen zu wollen. Dies würde zu einer Katastrophe für Hongkong führen. (DGB, 1.-11.5.94; FEER, 19.5.94)

Einer Meinungsumfrage der englischsprachigen Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* zufolge, die zwischen dem 4. und 7. Mai durchgeführt wurde, hat bei 36% der Einwohner Hongkongs das Vertrauen in Beijings Fähigkeit für die Übernahme der Kolonie abgenommen, und nur 19% haben Vertrauen hinzugewonnen. Bei 36% der Befragten ist Lu Pings Ansehen gesunken und bei nur 6,5% gestiegen. Insgesamt wurden 400 Bürger im Alter zwischen 18 und 64 Jahren befragt, die einheimischen Dialekt sprechen. (SCMP, 9.5.94)

*(36)

Zahl der Emigrationsanträge in Hongkong drastisch gesunken

Regierungsangaben zufolge sind im letzten Jahr rd. 53.000 Personen von Hongkong ausgewandert, 13.000 weniger als 1992. Die Statistiken stützen sich auf die Zahl der Emigrationsanträge, die von ausländischen Konsulaten in Hongkong genehmigt wurden. Der deutliche Rückgang der Emigranten-zahlen kurz vor der Übergabe der britischen Kolonie an China 1997 ist - so heißt es - auf die schlechte wirtschaftliche Lage in den Staaten zurückzuführen, die als Auswanderungszielorte für die Hongkonger in Frage kommen. (AWSJ und XNA, 24.5.94) Hinzukommt eine gute konjunkturelle Lage in Hongkong. Im 1. Quartal d.J. hatte das Bruttoinlandsprodukt Hongkongs einen Zuwachs von zwischen 5% und 5,5% zu verzeichnen, und die Inflationsrate ist im Vergleich zum vorherigen Quartal von 8,7% auf 7,3% gefallen. Für das ganze Jahr 1994 erwartet die Regierung nach wie vor ein wirtschaftliches Wachstum von 5,5% und eine Inflation von 8,5% wie im Vorjahr. (AWSJ, 30.5.94) -ni-